

nach rund einwöchigen Löscharbeiten hat die Feuerwehr ihren Einsatz im Grunewald weitgehend beendet. Der Sprengplatz, auf dem der Großbrand ausgebrochen war, wurde offiziell wieder der Polizei übergeben, die dort alte Munition aus dem Zweiten Weltkrieg und illegale Pyrotechnik vernichtet. Der Waldbrand sei gelöscht, heißt es. Von verbliebenen kleineren Glutnestern gehe keine größere Gefahr mehr aus. Tanklöschfahrzeuge sollen das Gebiet weiter kühl halten. Die Avus (Autobahn 115) und die benachbarten Bahnstrecken wurden wieder freigegeben.

Der Sprengplatz liegt in Zehlendorf, aber nahe der Bezirksgrenze zu Charlottenburg-Wilmersdorf, dem Bahnhof Grunewald und der Siedlung Eichkamp. Wir haben das Bezirksamt und alle BVV-Fraktionen um Antworten auf die Frage gebeten, ob das Munitionsdepot verlagert werden sollte.

Laut Ordnungs- und Umweltstadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) sieht das Bezirksamt „zum jetzigen Zeitpunkt keine Entscheidungsgrundlage“. Man halte es für „wichtig und sachgerecht“, zunächst die Brandursache zu klären. „Voreilige Schlüsse sollten nicht gezogen werden.“ Aus Verlautbarungen des Berliner Senats folgere das Amt, dass „die zuständigen Stellen diesen Weg gehen werden“.

Die Grünen-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) dankt der Feuerwehr und Polizei für ihre „kräftezehrende Arbeit“. Es habe sich gezeigt, dass „die Einsatzkräfte gut gerüstet sind für solch einen Vorfall“, schrieben uns die Fraktionsvorsitzenden **Dagmar Kempf** und **Sebastian Weise**. Auch sie finden, erst einmal müsse festgestellt werden, was den Brand ausgelöst hatte. Danach sei mit „objektiven Kriterien“ zu prüfen, ob es bessere Standorte für die Lagerung und Sprengung der Munition gebe. „Eine Kooperation mit Brandenburg ist dabei auch zu überlegen.“

Ähnlich klingt die Stellungnahme von SPD-Fraktionschef **Alexander Sempf**. Eine gemeinsame Lösung mit Brandenburg sollte „noch einmal genau geprüft werden“. Man müsse aber längere Fahrten mit gefährlichen Stoffen vermeiden. Sempf weist darauf hin, dass nach Polizeiangaben „alternative Nutzungsflächen in Berlin nicht vorhanden bzw. nicht genehmigungsfähig“ sind und in Brandenburg „keine vergleichbaren Lagerkapazitäten“ gefunden werden konnten. Dies hatte die Polizei bei Twitter gepostet.

Die SPD-Fraktion hoffe aber, dass sich mit einem zweiten Standort in Brandenburg „zumindest die Menge und/oder Art der im Grunewald gelagerten Sprengstoffe und damit das Risiko reduzieren lässt“, fügte Sempf hinzu. Werde der jetzige Sprengplatz weiter betrieben, sollte dort „nicht mehr so viel Sprengstoff und Feuerwerk“ lagern.

Die Linksfraktion sieht das Problem vor allem im „Klimawandel mit zunehmender Hitze und Trockenheit“. Dies habe „nun auch in Berlin für einen tagelangen, weiterhin andauernden Waldbrand gesorgt“, schrieb die umweltpolitische Sprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende **Frederike-Sophie Gronde-Brunner**. Allerdings sei die Feuerwehr durch die Gefahr behindert worden, dass weitere Munitionsreste auf dem Sprengplatz explodieren. Deshalb „muss gemeinsam mit Brandenburg langfristig eine sichere Ausweichfläche in einem nicht bewaldeten und ausreichend von Wohngebieten entfernten Gebiet gefunden werden“. Für den Grunewald sei „eine klimaresistente Umgestaltung“ nötig.

Vor einer „übereilten Diskussion“ über den Standort des Sprengplatzes warnt der FDP-Fraktionsvorsitzende **Felix Recke-Friedrich**. „Es wirkt populistisch, wenn nun einige ins Blaue hinein den Rückbau fordern, ohne konkrete Erkenntnisse zu haben.“ Die Anlage im Grunewald sei „abgelegen und relativ sicher“, auch wenn „offenkundig einige Sicherheitsvorrichtungen versagt haben“. In Berlin gebe es weiterhin viele Munitionsfunde. Deshalb seien kurze Wege sinnvoll. Entscheidungen sollten erst „nach einer Gefährdungsanalyse“ fallen.

Die CDU hat uns noch nicht geantwortet. Trotzdem scheint ihre Haltung klar. Denn schon im Jahr 2004 hatte die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gefordert, gemeinsam mit Brandenburg einen Sprengplatz im Umland zu betreiben. Die Abgeordnete **Sandra Khalatbari**, zu deren Wahlkreis der Ortsteil Grunewald gehört, bekräftigte dies jetzt (wir berichteten).

Über den Brand und seine Folgen informieren wir Sie weiterhin im Newsblog.